

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntags.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM.  
ohne Postgebühren. Nur Post-  
bezug. Bestellung bei allen Postäm-  
tern. Reichsdruckerei Berlin S. 50.  
Veranst. 68 I. Fernr.: 9741 8653.

Anzeigenpreis  
die diergespaltene Zeile 20 Pf.;  
für Werbendmitteiler 60 Pf.;  
Einfachspalten 30 Pf.; Ver-  
sammlungsanzeigen u. 30 Pf. Der An-  
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 39.

Berlin, den 22. September 1918.

34. Jahrgang.

## Rekanntmachung des Verbandsvorstandes.

In den nächsten Tagen werden den Kassierern der Zahlstellen und Gau- neue Ergänzungsbogen zugehen, die ab 3. Quartal den Quartalsabrechnungen beizufügen sind. Die etwa noch vorhandenen, bisher im Gebrauch gewesenen Ergänzungsbogen dürfen nicht mehr benötigt werden und sind deshalb zu vernichten.

Der Verbandsvorstand.

## Die Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler.

Von der am 10. und 11. September in Berlin tagenden Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften wurde eine Abordnung gewählt, die dem Reichskanzler die Beschwerden und Wünsche der Arbeiterschaft in bezug auf Ernährung und Bekleidung vorbringen sollte. Sie wurde am 12. September vom Reichskanzler im Beisein der Staatssekretäre Waltraf, v. Waldow, v. Stein und des Obersten v. Braun vom Kriegsernährungsamt empfangen. In kräftigen Worten legte der Sprecher der Abordnung die Nöte im Ernährungs- und Bekleidungs-wesen dar, berührte dabei auch die unsichere schwankende Haltung der Regierung auf dem Gebiete der inneren Politik, besonders bezüglich der preussischen Wahlrechtsvorlage, und die unverständlichen mit-träuischen Maßnahmen mancher Generalkommandos gegen die Tätigkeit der Gewerkschaften und brachte zum Schluss den Wunsch zum Ausdruck, die Regierung möge auf einen baldigen Verständigungsfrieden hinwirken und den andersgerichteten Wünschen der Alldeutschen ihr Ohr verschließen. „Die größte Sorge um die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft um die Lebensfähigkeit der deutschen Arbeiter habe die Arbeitervertreter hergeführt. Nur energische Taten der Regierung könnten helfen, die jetzigen schwierigen Zeiten zu überstehen.“

Der Reichskanzler Graf Hertling erwiderte darauf, die politische Reichsleitung sei mit der obersten Heeresleitung vollkommen einig im Erstreben eines Verständigungsfriedens, und er stehe und falle mit dem allgemeinen Wahlrecht. Staatssekretär Waltraf bedauerte Mißgriffe im Vereins- und Versammlungsrecht und Staatssekretär v. Waldow gleich-falls, daß die Verspätung der Ernte noch keine Heberficht zulasse, die Wiederherstellung der vollen Produktion trete jedoch bestimmt ein; die fleischlosen Wochen müßten dagegen zur Aufrechterhaltung der Milch- und Fettversorgung beibehalten werden. Eine allgemeine Verbesserung der Ernährung könne er nicht in Aussicht stellen, aber ganz bestimmt würde sie nicht schlechter werden. Staatssekretär v. Stein schilderte die Schwierigkeiten der Bekleidungsfrage. Die Ersatzmittel müßten auch für die Arbeiterkleidung ausgenutzt werden. Die Gewerkschaftsforderungen zum Friedensvertrag hätten bei den Verhandlungen mit Rußland infolge der besonderen Lage und der gebotenen Eile zurückgestellt werden müssen, seien aber nicht vergessen. Für die künftigen Friedensunterhandlungen sei das deutsche Programm für die internationalen Sozialgesetzgebung fertig ausgearbeitet. Die internationalen Arbeiterschutzverträge würden nicht vergessen werden. Oberst Braun vom Kriegsamt versicherte, die Frage der Arbeitszeitverlängerung werde ernsthaft geprüft. Sie werde überall sofort durchgeführt, wo es ohne Produktions-

ausfall möglich sei. Im Bergbau sei sie freilich gänzlich ausgeschlossen.

Reichslagsabg. Legien entgegnete, bei den Hoffnungslosen Auskünften über die Ernährungsfrage sei die bisherige Arbeitszeit nicht länger durchzuführen. Er ging dann auf die Verdächtigungen der Gewerkschaften durch das Stellvertretende Generalkommando des 6. Armee Korps ein.

Dann schloß Reichskanzler Graf Hertling die Zusammenkunft mit Worten des Dankes für die hoffentlich ausbringende Aussprache.

## Eine Denkschrift über das Ernährungs-wesen.

Die Generalkommission und der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei haben unterm 9. September eine Denkschrift an den Reichskanzler eingereicht, in der auf die Unzulänglichkeiten unseres Ernährungswesens hingewiesen wird.

Daraus ergebe sich eine wachsende Unzufriedenheit in allen Schichten des Volkes. Die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerungsklassen: der Arbeiter, Angestellten und des Mittelstandes sei weit hinter den unerschwinglichen Preisen für alle Lebensmittel und sonstigen Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens zurückgeblieben.

Die Politik des Kriegsernährungsamtes, lediglich durch hohe Preise eine Vermehrung der Erzeugung herbeizuführen, hätte erst recht zu einer Verteuerung aller Bedarfsmittel geführt und der Schleichhandel fache dafür zur Schande und zum Schaden unseres Volkes große Gewinne ein.

Der körperliche Kräftezerfall gehe damit Hand in Hand und bewirke eine erhöhte Sterblichkeit in allen Lebensaltern. Da die Fleischration äußerst klein und durch die fleischlosen Wochen noch weiter herabgemindert sei, so wären Brot und Kartoffeln in steigendem Maße das Nüchtern unserer Volksernährung geworden. Es müßten daher mindestens 10 Pfund Kartoffeln je Kopf und Woche gegeben werden. Eine reichlichere Belieferung mit Kartoffeln würde auch dem Schleichhandel entgegenwirken.

Das ist in Kürze der wesentliche Inhalt der Denkschrift, die mit den Worten schließt:

„Wir müssen daher Eure Excellenz aufs Dringendste eruchen, zu veranlassen, daß alles geschieht, damit die gesamte Kartoffelernte von der öffentlichen Bewirtschaftung erfaßt, durch geeignete Maßnahmen die vorhandenen Transport-schwierigkeiten bewältigt und eine wesentliche Erhöhung der Kartoffelration baldigt durchgeführt wird.“

Der Regierung ist die Stimmung in der Bevölkerung nicht unbekannt; sie darf ihr nicht gleichgültig sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir einem Zustand entgegenreihen, der verhängnisvoll werden muß, wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Begünstigung der Produzenteninteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen.“

## Die freien Gewerkschaften und der Volksbund für Freiheit und Vaterland.

Unter diesem Titel bringt das „Correspondenz-Blatt“ einen Artikel des Genossen Krüger, in dem auseinandergesetzt wird, weshalb die Gewerkschaften recht daran taten, sich dem Volksbund für Freiheit und Vaterland anzuschließen, trotz der Angriffe aus Gewerkschaftskreisen, die der unabhängigen Sozialdemokratie nahestehen.

Wir müssen gestehen, daß uns die etwas vor-eilige Gründung des Volksbundes, ohne daß die Gewerkschaften ihre Meinung dazu sagen konnten, nicht gefallen hat. Dieser Voreiligkeit, in Verbindung mit

dem etwas verschwommenen Programm, ist auch wohl die bisher mehr im Verborgenen blühende, nicht gerade sehr einflußvolle Tätigkeit des Bundes zu danken. Der Bund sollte vor allen Dingen ein Gegenstück gegen die Vaterlandspartei sein, die man unter alldentscher Leitung wählte. Weiter mag zur bisherigen Bedeutungslosigkeit des Bundes der Umstand beigetragen haben, daß die sozialdemokratische Mehrheitspartei ein klares Programm für die so überaus wichtige auswärtige Politik überhaupt nicht zu bieten hatte. Es ist eigentlich, soweit man von einem solchen reden kann, rein negativer Natur. Es will, daß alles beim alten bleiben soll nach den ungeheuren Verheerungen dieses Weltkrieges. Was deutsch ist, soll allerdings auch deutsch bleiben. Selbst unsere Kolonien sollen deutsch bleiben, obgleich sie vor dem Kriege von der Partei in Grund und Boden verurteilt wurden und Deutschland demnach froh sein könnte, wenn sie sie wieder los würde. Inzwischen wird manchem in der alten Partei dumm die Ahnung aufgegangen sein, daß unsere heutige Industrie mit ihrer zahlreichen Arbeiterschaft ohne Stotomawirtschaft gar nicht auszuhalten vermag, aber zu einem bestimmten offenen Bekenntnis hat sich die Partei noch nicht durchzuringen vermocht.

Gegen das Zusammenarbeiten mit anderen Volksteilen ist aber an und für sich nichts einzuwenden. Auch die „Unabhängigen“ machen das, wenn es ihrem Nutzen entspricht. Eine kleine einflußlose Sekte kann sich die politische Jungfernschaft leisten, eine große Partei und ein Millionenkörper wie die freien Gewerkschaften würden sich des besten Teils ihres Einflusses begeben, wenn sie sich nicht mit Leuten anderer Parteirichtung und aus anderen Gesellschaftskreisen zu bestimmten Zwecken an einen Tisch setzen wollten. Konsequenterweise müßte man ja sonst auch Tarifgemeinschaften, Arbeitsgemein-schaften, Gewerbevereine, Arbeitskammern usw. usw. ablehnen, denn bei allen diesen Einrichtungen ist das Zusammenarbeiten sogar mit Unternehmern unumgänglich. Wenn wir uns aber nicht scheuen, mit Unternehmern gemeinsame Aufgaben zu lösen, und bisher dabei noch nichts von unseren Massenanschauungen eingesehen haben, um wieviel mehr ist es angebracht, mit Gleichstrebenden in bestimmter Richtung zusammenzuwirken. Natürlich ist von vorn-herin nicht zu erwarten, daß die eine Partei bei derartigen Gemeinschaftsarbeit ihr Programm rein durchzusetzen vermag, sondern es wird meistens zu Kompromissen kommen. Dem übliche Liebereinstimmung bis ins kleinste in allen Fragen ist nicht vorauszusetzen.

Krüger stellt die Frage: „Was will nun der Volksbund?“ und beantwortet sie wie folgt:

„Er tritt zunächst ein für die schleunigste Herbeiführung eines Verständigungsfriedens, eines Friedens, der für alle Völker ehrenvoll ist. Er verlangt die allseitige Abtandnahme von allen gewalttätigen Eroberungen und Kriegsentwicklungen. Er verlangt weitgehendes Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wahl ihrer Staats- und Regierungsform. Er verlangt Abtandnahme von irgendwelchem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege und freien Verkehr zwischen allen Völkern. Er verlangt die Schaffung einer internationalen Rechtsorganisation der Völker zur Schlichtung aller Streitigkeiten und zur Vermeidung künftiger Kriege, und er verlangt Bestimmungen im Friedensvertrag über die schleunigste Durchführung einer allgemeinen Abrüstung. Auf innerpolitischen Gebiete fordert der Volksbund die schnellste Durchführung der notwendigen Reformen, um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller Volksschichten zu verwirklichen, vor allen Dingen die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen ohne volksfeindliche Sicherungen, sowie rückwärtslosen Kampf gegen die Wahrscheinende. Er verlangt ernste Fühlungnahme der Regierung mit der Volksvertretung und Einfluß der Volksvertretung auf die Zusammenfassung der Regierung. Er will

weiter die weitestgehende Beteiligung aller Glieder des Volks an der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde, Beseitigung aller Ständerechte bei der Besetzung von Beamtenstellen, Schaffung eines fortschrittlichen Arbeiter- und Beamtenrechts, Ausbau der Sozialgesetzgebung und freies Koalitionsrecht. Ist in diesen Forderungen, zu denen noch eine ganze Reihe ähnlicher hinzukommen, auch nur eine einzige enthalten, die nicht jeder Gewerkschafter und jeder Sozialdemokrat, dem das Gehirn noch nicht vollständig von unabhängigen Revolutionsphantasen vernebelt ist, anerkennen kann und muß?"

Unsere Leser mögen nun selbst sachlich prüfen, ob es ein Verrat an Arbeiterinteressen ist, wenn sich die freien Gewerkschaften dem Volksbunde angeschlossen haben.

**Legien über den Kriegshetzer Gompers.**

Auf der Konferenz der Vorstandsvertreter der Gewerkschaften sagte der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Legien, am 10. September im Anschluß an den von ihm erstatteten Bericht:

Wir waren ununterbrochen bemüht, mit den Gewerkschaften der Ententestaaten über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag zu einer Verständigung zu kommen und damit dem Frieden zu dienen, leider ohne nennenswerten Erfolg. Jede Friedensbestrebung der Arbeiterchaft der Entente wird mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht. Jetzt ist auch der Vorsitzende der American Federation of Labour, Gompers, nach Europa gekommen, aber nicht, um seine Pflicht als Arbeitervertreter zu erfüllen und seinen Teil dazu beizutragen, daß dem grausigen Morden und Verwüsten ein Ende bereitet wird, er will im Gegenteil das Hindernis von Friedensneigung, das in der Arbeiterchaft Englands aufgeschwemmt ist, wieder verdrängen. Auf einem Bankett, das am 30. August in London zu seinem Empfang veranstaltet wurde, antwortete Gompers auf die Begrüßungsrede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George. Er forderte die Wiederwertung Deutschlands und lobte die englische Nation, die in dem Kampfe gegen die Hunnen sich so tapfer gehalten habe.

Die Zustände in dem Lande, das Gompers vertritt, geben ihm keine Veranlassung, in dieser beseligenden Weise von der Arbeiterchaft Deutschlands zu sprechen. Alle Achtung vor der Energie und Arbeitsleistung der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, aber auch ihr begeistertes Freund wird nicht in Abrede stellen können, daß in diesem Lande alles noch im Werden begriffen ist. Die Kapitalmacht herrscht dort unbeschränkter als in irgendeinem Staate Europas. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung sind nur in einzelnen Staaten Nordamerikas in geringen Ansätzen vorhanden. Die vom dem obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten erlassenen Urteile zeigen, wie wenig das Recht der Gewerkschaften geachtet wird, die unheilvollen Wirkungen des Kapitalismus zu beseitigen oder zu mildern. Hinter dem Mutterlande England, das unbegrenzte imperialistische Ziele verfolgt und mit allen Mitteln durchzusetzen versucht, stehen die imperialistischen Tendenzen der Vereinigten Staaten nicht wesentlich zurück. Die Lynchjustiz wird nach den Berichten der eigenen Presse in den Vereinigten Staaten von den Richtern gewußt, den sogenannten besseren Elementen der Gesellschaft unterliefert und ist zu einer Schmach für das Land geworden.

Es steht dem Vertreter eines solchen Landes schlecht an, die Arbeiterchaft Deutschlands als Hunnen zu bezeichnen. Umjau in eigenen Lande gäbe ihm Veranlassung genug, dort das zu schaffen, was innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft an Kultur erreicht werden kann.

Was will denn die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterchaft der Vereinigten Staaten von uns? Wir haben ihrem Lande unsere Arbeit und unsere Arbeiter gegeben. Deutsche Arbeit und deutsche Arbeiter haben wesentlichen Anteil an den Kulturfortschritten, die in den Vereinigten Staaten gemacht worden sind. Für die brutale Kriegsführung unser Land allein verantwortlich machen, heißt absichtlich das übersehen wollen, was die anderen kriegsführenden Staaten tun. England hat unter Bruch des Völkerrechts, durch Abschnürung der Zufuhr von Nahrungsmitteln, die Frauen und Kinder Deutschlands dem Hunger preisgegeben versucht und auf diese brutale Art den Krieg zu seinen Gunsten beenden wollen. Wegen dieser Art der Kriegsführung hat Deutschland sich mit allen Mitteln gewehrt. Wir bebauern mit jedem Kultur- und Menschenfreund den Torpedoschub auf die „Lusitania“ und die empfindlichen Folgen, die er hatte. Wir dürfen es aber nicht vergessen, daß der deutsche Gesandte in Washington eindringlich davor gewarnt hatte, auf dem zum Transport von Munition und Kriegsmaterial dienenden Schiff Passagiere befördern zu lassen, zumal das

Gesetz der Vereinigten Staaten solche Beförderung verbietet. Daß Gompers und die A. F. L. gegen diese ungesetzliche Handlung Protest erhoben haben, ist uns nicht bekannt geworden.

Als gegen unsere Willen der uneingeschränkte U-Boot-Krieg angehängt ward, erwiderte Gompers die Gewerkschaften Deutschlands, die Regierung zu veranlassen, von der Anwendung dieses Kampfmittels abzusehen. Wir antworteten, daß Verhandlungen mit der Regierung nur dann Erfolg haben könnten, wenn die Vereinigten Staaten auf England dahin einwirkten, daß es seinen Düngekrieg gegen die Frauen, Kinder und Greise Deutschlands einstellen. Das geschah nicht, sondern die Vereinigten Staaten, die unter angeblicher Neutralität alles getan haben, die Gegner Deutschlands in der Kriegsführung zu unterstützen, traten selbst in den Krieg ein. Die A. F. L. und ihr Präsident haben während der Zeit, in der die Dinge sich so gestalteten, das Gegenteil von dem getan, was eine Arbeiterorganisation und ihre Führer tun sollten.

Demgegenüber haben die Gewerkschaften Deutschlands getreu den Grundrissen, die am 4. August 1914 von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage aufgestellt worden sind, gehandelt. Sie standen zu ihrem Lande in dem Bewußtsein, daß es sich allein um dessen Verteidigung handelt. Sie wollten nur die Sicherung der eigenen Grenzen und lebten mit Entschiedenheit alle weitergehenden Kriegsziele ab. In Bemühungen, die Gewerkschaften der Entente-Staaten zu gleichem Vorgehen zu veranlassen, hat es deutscherseits nicht gefehlt. Vor der Weltgeschichte werden die Arbeiterorganisationen Deutschlands gerechtfertigt dastehen, wenn die Frage entschieden wird, ob sie bemüht waren, das entsetzliche Morden, das zur Vernichtung der Kultur und der Kraft der Völker Europas führen muß, zu beenden. Den Beweis, daß sie in gleicher Weise handelten, werden die A. F. L. und ihr Präsident Gompers noch zu erbringen haben.

Noch ein anderes aus der Rede Gompers sei erwähnt. Er lobte die englische Seemannsgewerkschaft, die auf eigene Faust, vielfach im Gegensatz zu der Auffassung der Mehrheit der Gewerkschaften Englands, Politik treibt. Die englische Seemannsvereinigung hat ihre Mitglieder verpflichtet, die Delegierten zur Stockholmer Konferenz nicht zu befördern, und hat es dem Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus unmöglich gemacht, nach Frankreich zu gelangen, um in der französischen Arbeiterchaft friedensfördernd zu wirken. Was die Regierungen der Entente-Staaten durch Passverweigerungen erstreben, hat diese gewerkschaftliche Organisation praktisch herbeigeführt. Es berührt eigenlich, den Vertreter einer gewerkschaftlichen Landeszentrale solche Handlungen rühmend zu hören. Die englischen Gewerkschaften dürften wenig geneigt sein, die von Gompers verdrängte neue Lehre von gewerkschaftlicher Disziplin anzunehmen. Unkenntnis der Dinge und Haß gegenüber den Angehörigen einer anderen Nation haben diesen Gewerkschaftsführer verleitet, die Desorganisation lobend hervorzuheben.

Die Reden von Gompers sind geeignet, die Alldeutschen zu täuschen, deren Bestrebungen und Ziele die Gewerkschaften Deutschlands mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Arbeiterchaft der Entente-Staaten dem Rate Gompers folgen würde. Dann könnte der Krieg noch jahrelang dauern und die Hoffnung, zu einem Verhandlungsfrieden zu kommen, würde aufgegeben werden müssen.

Wir wollen erneut aussprechen, daß nur ein Friede der Verständigung, ohne Annexionen und Kriegsschädigung, ein dauernder sein und allein dazu führen kann, das Nebeneinander- und Miteinanderarbeiten der Völker wieder zu ermöglichen. Wir erwarten, daß die kulturwidrigen, desorganisierten Reden Gompers die beabsichtigte Wirkung auf die Arbeiterchaft der Entente-Staaten nicht ausüben werden. Wir hoffen, die Gewerkschaften Englands werden der Strömung des jetzt lagenden englischen Gewerkschaftskongresses folgen, die einem Frieden der Verständigung zustrebt, so daß dem Kriege baldigt durch Verhandlungen ein Ende bereitet wird.

Die Konferenz schloß sich diesen Ausführungen an und beschloß deren Veröffentlichung.

**Aus unserem Beruf.**

**Arbeitslosenstatistik.** Bei der Berichterstattung an das Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der deutschen Fachverbände wurden an dem für den Monat August in Betracht kommenden Stichtag — dem 31. August — durch unsere Organisation in 103 berichtenden Gauen und Bezirksstellen mit 5811 männlichen und 15 208 weiblichen, zusammen 21 019 Mitgliedern, 24 männliche und 153 weibliche am Ort befindliche, sowie

je ein männliches und ein weibliches durchreisendes, insgesamt also 179 arbeitslose Mitglieder festgestellt. Der Verwaltungen der Bezirksstellen in Gauen, Frauen i. L., Saarbrücken, Weisensfeld und Liffitz haben trotz erfolgter Mahnung die Bezirksliste nicht eingesandt, so daß diese fünf Bezirksstellen mit zusammen 58 männlichen und 10 weiblichen Mitgliedern an dem Ergebnis der Aufnahme nicht mitbeteiligt sind.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 0,4, bei den weiblichen 1,0 und bei beiden zusammen 0,9 Arbeitslose. Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern in den Vormonaten, sowie in dem gleichen Monat der drei letzten Jahre, ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am Ort u. auf der Reise befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder					
	m.	w.	auf.	1917		1916		1915	
1917									
August	25	247	272	0,5	1,9	1,5	4,5	9,7	
September	24	257	281	0,5	2,0	1,6	4,1	9,5	
Oktober	25	220	245	0,5	1,6	1,3	3,9	8,4	
November	22	215	237	0,4	1,5	1,2	3,0	7,4	
Dezember	50	253	303	0,9	1,8	1,5	2,5	8,2	
1918									
Januar	31	203	324	0,6	2,0	1,6	2,5	6,3	
Februar	27	251	278	0,5	1,7	1,4	2,3	6,5	
März	15	270	285	0,3	1,8	1,4	2,1	5,4	
April	34	241	275	0,6	1,6	1,4	2,4	5,1	
Mai	29	200	229	0,5	1,4	1,1	1,8	5,2	
Juni	20	194	214	0,4	1,3	1,1	1,4	5,2	
Juli	27	168	195	0,5	1,1	0,9	1,7	5,3	
August	25	154	179	0,4	1,0	0,9	1,5	4,6	

Zur Nachahmung empfohlen! Die Buchdruckerei „Deutscher Verlag“ in Würzburg hat ihrem gesamten Personal eine außerordentliche Teuerungszulage in Höhe eines vollen Wochenlohnes gewährt. Bei Gewährung der durch die Organisation geforderten Teuerungszulagen war diese immer nobel. Zu wünschen wäre sehr dringend, daß in Würzburg auch andere Firmen dem vorbildlichen Beispiel obiger Firma folgen.

**Für unsere Frauen.**

**J. K. Die Frauennarbeit in Frankreich.** Auch in Frankreich hat die Frauennarbeit während des Krieges beträchtlich zugenommen. Die Ursachen sind dieselben wie in allen anderen kriegsführenden Staaten. Vor kurzem hat das Arbeitsministerium das Ergebnis einer im Juli 1917 vorgenommenen Erhebung über den Umfang der Frauennarbeit im Kriege veröffentlicht. Die Untersuchungen erstreckten sich auf 52 278 Betriebe, die vor dem Kriege 1 037 485 Männer und 487 474 Frauen beschäftigten. In diesen Betrieben waren bei den verschiedenen Erhebungen an Frauen beschäftigt:

Vor dem Kriege	487 474
August 1914	199 107
Juli 1915	418 579
Juli 1916	549 701
Januar 1917	600 750
Juli 1917	626 881

Diese Zusammenstellung gibt nur die Zahlen der Frauen, die in der Privatindustrie beschäftigt sind. Die Kontrolle der Arzenei- und sonstigen Staatsbetriebe der Rüstungsindustrie untersteht den Arbeitsinspektoren nicht. Am stärksten betrocknet sind die Frauen in der Textilindustrie mit 183 239 Arbeitskräften, obgleich die Frauennarbeit hier im Vergleich zur Vorkriegszeit um 4 Prozent zurückgegangen ist. Charakteristisch ist die Zunahme der Frauennarbeit in der Metallindustrie. Vor dem Kriege waren in den kontrollierten (privaten) Betrieben der Metallindustrie 18 815 Frauen tätig. Im Juli 1915 waren es schon 64 470, im Juli 1916: 118 331 und im Juli 1917: 171 700. Die Zunahme beträgt hier also 152 885 oder 813 Prozent. Ueber die Zahl der in der gesamten Munitionsindustrie (privaten und Staatsbetriebe) beschäftigten Frauen veröffentlicht der Bericht sonderbarerweise nur Verhältniszahlen. Danach kamen im Juli 1915 auf 100 Beschäftigte 11,25 Frauen, im Juli 1917 jedoch 24.

Ueber die Nacharbeit der Frauen wird besonders berichtet. Mit Kriegsbeginn wurden auch in Frankreich die Arbeiterschußbeimnungen für die Frauen außer Kraft gesetzt, insbesondere die Begrenzungen der Arbeitsdauer und der Nacharbeit. Der Raubbau an dem Organismus der Frau hat aber so schwere Folgeerscheinungen gezeigt, daß diese nicht länger unbeachtet bleiben dürfen. Der Staatssekretär für Munition bestimmte deshalb, daß junge Mädchen unter 18 Jahren zur Nacharbeit nicht herangezogen werden dürfen. Für weibliche Arbeiter von 18 bis 21 Jahren soll sie nur

ausnahmeweise und nur für kurze Fristen erlaubt sein. In den 787 Betrieben, die an den Erhebungen über die Frauenarbeit beteiligt waren, wurden 164 267 Frauen beschäftigt, von denen 58 784 regelmäßig Nachtschicht hatten, das sind 35 Prozent. Die Staatsbetriebe fehlten auch hier. Die Dauer der Nachtschicht betrug 9 bis 12 Stunden.

Internationales.

Der englische Gewerkschaftskongress beweist aus neue, daß die Gewerkschaften, mögen sie noch so parteipolitisch neutral sein, gar nicht um die Erörterung politischer Fragen herumkommen, weil letzten Endes alle politischen Fragen auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen sind und demgemäß wirtschaftliche Gruppen nicht einfach an sie stark berührende politische Vorgänge vorübergehen können.

Zuzugeben ist, daß auf dem Kongress nicht mehr die scharfen Ausführungen kriegshetzerischer Redner gegen die „deutschen Barbaren“ den Ton angaben, ja daß die einleitende Rede des Vorsitzenden sich für einen Verständigungsrieden aussprach. Leider wurde dieser friedensfreundliche Ton durch eine Entschliebung abgeschwächt — wie selbst der „Vorwärts“ zugibt —, indem darin als Vorbedingung der Eröffnung von Friedensverhandlungen die freiwillige oder erzwungene Räumung Frankreichs und Belgiens gefordert wurde, während von einer Räumung der vielen besetzten türkischen Gebiete und der deutschen Kolonien nicht die Rede war. Woraus man erkennen kann, wie sehr noch die englischen Arbeiter mit den bezüglichen Forderungen ihrer Regierung sich einverstanden erklären. Das könnte den Engländern so passen: erst die Räumung Frankreichs und Belgiens durch die Deutschen und dann, was sicher zu erwarten, das Nachrücken der englisch-französischen Heere bis an und über die deutsche Grenze, wodurch Deutschland aufs neue zum Kriegsschauplatz würde.

Wenn die englischen Arbeiter sich für den Freihandel und gegen die Lloyd Georgesche Schutzpolitik aussprechen, so war bei dieser Meinungsäußerung das Interesse der englischen Arbeiter ausschlaggebend, nicht etwa die Absicht vor einem gegen Deutschland gerichteten Wirtschaftskrieg nach dem Weltkrieg.

Immerhin fanden die Havelock Wilsonschen Ansichten auf Vernichtung der Deutschen bis in alle Ewigkeit eine glatte Ablehnung. Schließlich trat zu dieser Erwägung wohl in allererster Linie die Erkenntnis bei, daß die gegenwärtige militärische Lage noch keine Gewähr gibt für den endgültigen englischen Sieg.

Die englischen Arbeiter haben bisher sehr wenig Neigung für internationale Verbindungen gezeigt, sie beurteilen alles immer danach: was nützt England? Und sie haben diesbezüglich immer hinter ihren Regierungen gestanden. Das zeigte sich auch wieder an einem der folgenden Tage des Gewerkschaftskongresses, wo Henderson nach der Rede des Kriegshetzers Gompers erklärte: „Wir sind die besten Freunde, verfolgen die gleichen Ziele und haben nur eine Differenz, das ist die augenblickliche Differenz zwischen seher und unserer Methode.“ Und Henderson hat die englischen Arbeiter hinter sich. Es hilft nichts: die deutschen Arbeiter werden sich schon an den Gedanken gewöhnen müssen, daß sie durch Ueberredungskünste die englischen Arbeiter nicht für einen wirklichen Verständigungsrieden gewinnen werden, sondern nur durch die Gewalt der Tatsachen, die auch den englischen Arbeitern die Ueberzeugung beibringen wird, daß Deutschland noch nicht niedergeworfen und nicht niederzuwerfen ist.

Ein internationaler Buchdruckerkongress? Der Vorstand des schweizerischen Buchdruckerverbandes ist an die Sekretariatskommission des Internationalen Buchdrucker-Sekretariats in Stuttgart mit dem Ersuchen herantretend, für den Fall einer internationalen Gewerkschaftskonferenz, an der auch die Gewerkschaften aus den Ländern des Vielverbandes teilnehmen würden, zugleich eine internationale Buchdruckerkonferenz einzuberufen. Die Stuttgarter Sekretariatskommission hat daraufhin beschlossen, an alle Zentralvorstände die Frage zu stellen, wie sie sich zu dem schweizerischen Vorschlage stellen, und zugleich ihre Genugtuung über den Antrag ausgesprochen, da auch sie sich nach dem Zeitpunkte sehne, wo die internationalen Beziehungen zwischen der organisierten Arbeiterschaft wieder aufgenommen werden könnten.

Wir müssen abwarten, wie sich die Gewerkschaften in den andern Ländern dazu stellen und ob ihre Vertreter Pässe zu einer solchen Konferenz bekommen werden. Die englischen Buchdrucker gehörten auch vor dem Kriege dem Sekretariat nicht an.

Rundschau.

Lohnvereinbarung im Holzgewerbe. Am 2. September tagten in Berlin die Vertreterversammlungen der Arbeitgeber des Holzgewerbes und des Holzarbeiterverbandes, um Stellung zu nehmen zu dem Ergebnis der Verhandlungen über neue Lohnergänzungen für die Holzarbeiter, die am 19. bis 21. August in Nürnberg zwischen den beiderseitigen Vertretern stattgefunden hatten. Das Resultat dieser Verhandlungen ging dahin, daß den Arbeitern über 18 Jahre eine neue Zulage von 10 bis 15 Pfennig ab 1. August und weitere 10 Pf. ab 1. Dezember d. J. zu zahlen sind, während die Arbeiterinnen und -jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren 10 bis 12 Pf. Zulage an den beiden Terminen erhalten sollen.

Diese Zugeständnisse der Unternehmer entsprechen bei weitem nicht den Wünschen und Forderungen der Holzarbeiter. Die Aussprache auf der Städtelkonferenz der Holzarbeiter am 2. September war demnach auch von dem schärfsten Unwillen über das geringe Entgegenkommen der Unternehmer beherrscht und fast alle Redner ohne Ausnahme wandten sich entschieden gegen den Abschluß einer solchen Vereinbarung, die den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter nur in so ungenügendem Maße Rechnung trägt. Schließlich erklärte sich die Konferenz mit 61 gegen 30 Stimmen für die Annahme derselben.

Es wurde aber vom Verbandsvorstand verlangt, daß er nochmals mit der Vertretung der Unternehmer wegen der Abänderung bestimmter Punkte in Verbindung zu treten habe.

Gegen Verleumdung in der Gewerkschaft. Zu Beginn dieses Jahres veröffentlichte der Vorstand des Metallarbeiterverbandes einen Aufruf an die Mitglieder, in dem er vor unbesonnenen Arbeitseinstellungen warnte. Gegen diesen Aufruf nahm die Zahlstelle Essen eine von dem örtlichen Geschäftsführer W. Steinbauer beantragte Entschliebung an, in der es u. a. hieß:

„Die Mitglieder (Versammlungsteilnehmer) betrachten den Aufruf als eine niederrichtige bestellte Arbeit, die alles in der modernen Arbeiterbewegung Vorgekommene übertrifft, und als Ehrabschneiderei politisch andersdenkender Kollegen.“

Der Vorstand lenkte hierauf gegen Steinbauer das Ausschließungsverfahren ein und überwies die Angelegenheit statutenmäßig an eine Untersuchungskommission. Vor dieser gab Steinbauer folgende Erklärung ab:

„Ich erkläre, daß ich den gegen den Vorstand erhobenen Vorwurf, daß dieser mit dem Aufrufe: „Ihr selbst sollt entscheiden“, niederrichtige bestellte Arbeit geleistet habe, nach reiflicher Ueberlegung und nach der Erklärung des Vorstandsvorstellers, der entschieden in Abrede stellte, daß Anhaltspunkte für Vorwürfe der von mir erhobenen Art gegeben sind, nicht aufrechterhalten kann. Ich nehme den Vorwurf daher mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, da mir Unterlagen für meine Behauptungen fehlen. Desgleichen erkläre ich, daß der von mir erhobene weitere Vorwurf der politischen Ehrabschneiderei ein in der Erregung erhobener Vorwurf ist, den ich ebenfalls nicht mehr aufrechterhalte.“

Mit Rücksicht auf diesen Widerruf empfahl die Untersuchungskommission, dem Ausschluß abzusehen und es bei einer Rüge bewenden zu lassen. Der Vorstand schloß sich diesem Gutachten an und erteilt nunmehr Steinbauer in der „Metallarbeiter-Zeitung“ wegen beweisloser verleumderischer Beschuldigungen gegen den Vorstand eine öffentliche Rüge.

Ueber die Leipziger Messe wird uns geschrieben:

Soweit sich der Verlauf der diesjährigen Herbstmesse in Leipzig überblicken läßt, kann man nicht nur im Hinblick auf den Besuch, sondern auch in geschäftlicher Beziehung von einem vollen Erfolg sprechen. Das äußere Bild der Westtage übertraf alles, was Leipzig bisher erlebt hatte. Trotzdem durch die Einführung von Abscheidern für Aussteller und Einkäufer das nur schaulustige Publikum von den Westtagshäusern ferngehalten worden war, waren diese gedrängt voll, und ebenso einsprach das Leben auf den Straßen der riesigen Besucherzahl. Die ausländischen Einkäufer waren wieder sehr zahlreich; außer den verbündeten und den neutralen Ländern waren auch die besetzten Gebiete vertreten. So waren seit längeren Jahren zum ersten Male wieder belgische Kaufleute anwesend, ebenso hatten sich rumänische Besucher eingefunden.

Die Befriedigung über den geschäftlichen Verlauf der Messe war allgemein. Waren bei der Frühjahresmesse noch Besorgnisse vorhanden, wie sich die Lage der deutschen Industrie weiterhin gestalten werde, so hat die Herbstmesse denen Recht gegeben, die auf ihre starke innere Kraft vertrauten. Die Tatsache, daß in zahlreichen Geschäftszweigen die im Frühjahr aufgenommenen Bestellungen bis zur Herbstmesse ganz oder wenigstens zu einem erheb-

lichen Teil ausgeführt werden konnten, hat die Zuversicht der Einkäuferseite entschieden gestärkt und die Stimmung auf der Herbstmesse günstig beeinflusst. Die große Zahl der Aussteller deutet schon an und für sich darauf hin, daß das Angebot dem dringenden Warenbedarf gegenüber nicht ganz verjagt hat. Die Aufwärtsbewegung der Preise hat wohl noch einige Fortschritte gemacht, die aber nicht mehr so groß und sprunghaft waren wie bisher, so daß auch in dieser Hinsicht eine gewisse Ruhe in die Entwicklung gekommen ist. Teure Artikel gingen immer noch sehr stark ab; dennoch war hier und da festzustellen, daß nicht immer anstandslos jede Preissteigerung bewilligt wurde. Man kann von einer gewissen geschäftlichen Entspannung sprechen, die sich auf der Messe bemerkbar gemacht und dem Verkehr günstig beeinflusst hat. Sie dürfte mit darauf zurückzuführen sein, daß die Arbeitsbedingungen der Industrie seit der Frühjahresmesse zum mindesten nicht mehr schlechter geworden, daß dagegen im Frühjahr fehlender Rohstoffe weitere Fortschritte eingetreten sind und sich ein gewisses Gleichgewicht eingestellt hat. Die Industrie hat sich mit dem Kriegszustand abgefunden, ihre Betriebe darauf eingestellt und blickt infolgedessen ruhiger der Zukunft und den möglicherweise noch zu erwartenden wirtschaftlichen Kämpfen entgegen.

Für eine einheitliche Messe — in Breslau hat bekanntlich auch zum ersten Male eine Messe stattgefunden — ist folgende Rundgebung beachtenswert:

Der Ausschuh der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Musterfirmen, in der 80 Verbände und 5200 Einzel-firmen aus den Kreisen der Aussteller und Einkäufer der Leipziger Musterfirmen vereinigt sind, sowie der engere Ausschuh des Wirtschaftsausschusses der Deutschen Friedens-industrien, welcher 28 der wichtigsten deutschen Exportindustrien umfaßt, hat folgende Entschliebung angenommen:

Durchdrungen von der auf historischen Tatsachen beruhenden Ueberzeugung, daß für die deutsch-internationale Messe Leipzig in der Vergangenheit, in der Gegenwart, so in der Zukunft derjenige Platz ist, der für sich das Recht in Anspruch nehmen kann, für Handel, Industrie und Gewerbe einen mächtigen Faktor zur Förderung wirtschaftlicher Interessen zu bilden, legen die Vertreter der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Musterfirmen, bestehend aus den Verbänden des in- und ausländischen Gewerbes und Handels einschiedene Verwahrung gegen alle Bestrebungen der Dezentralisierung des Messewesens ein. Käufer wie Verkäufer, Produzenten wie Konsumenten haben das gemeinsame Interesse, an einem Platze mit möglichster Ersparung an Zeit, Kraft und Geld ihre Geschäfte zu erledigen. Reichsregierung und Reichstag haben ihren Standpunkt durch die finanzielle Unterstützung, welche sie der Leipziger Messe angedeihen ließen, klar zu erkennen gegeben. Sämtliche in der Zentralstelle vereinigten Verbände fordern deshalb Handel und Industrie auf, die Leipziger Mustermesse mit allen Kräften zu unterstützen und gegen alle Bestrebungen nach Dezentralisierung des Messewesens Stellung zu nehmen. Sie erwarten von Reich, Bundesstaaten und Interessenten, daß diese für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft wichtige Stellungnahme die gebührende Würdigung findet.

Ertreulich ist die Beobachtung, daß auch in anderen Gewerkschaften die Erkenntnis sich Bahn zu brechen scheint, daß solche Erscheinungen wie die Leipziger Messe für das Interesse der Arbeiter als Produzenten nicht gleichgültig, sondern von hohem Werte sind. Die „Satirer- und Portefeuille-Zeitung“ bringt über die Leipziger Herbstmesse und unsern Beruf einen Leitartikel, der „Steinarbeiter“ des Verbandes der Steinarbeiter gleichfalls einen längeren Aufsatz über die Leipziger Baumesse. An jene „Buchbinder-Zeitung“ kann ohne Ueberhebung den Ruhm für sich in Anspruch nehmen zuerst von allen Gewerkschaftsblättern die Bedeutung der Messen gewürdigt zu haben.

Ueber für die Angestellten. Die wachsende Selbstbesinnung unter den Angestellten auf ihre wahren Interessen, die durch den Krieg stark gefördert worden ist, macht den Unternehmern große Sorge. Sie erwägen deshalb alle möglichen Mittel, mit denen man die Angestellten wieder auf den Pfad der kapitalistischen Tugenden zurückführen könnte. Einen besonders schlaun Einnahm hat dabei die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. Sie schreibt in ihrer Nummer 700:

„Heute ist es schon soweit, daß die übrigen Berufsgruppen durch den Arbeiter in den Hintergrund geschoben werden und sich nicht mehr hervordrängen machen können. Zu erstreben ist ein Abbau der ungeunden Löhne der Arbeiter und gleichzeitig eine Aufbesserung der Gehälter der Angestellten. Was dem Arbeiter genommen wird, soll dem Angestellten gegeben werden. Auf diese Weise muß die

soziale Stellung des Angestellten, dem der Arbeiter über den Kopf gewachsen ist, wieder neu gefestigt werden und die unabwendbare Abgrenzung gegenüber dem Arbeiter erreicht werden.

Mit aller Gewalt soll den Angestellten eingeredet werden, die „glänzende Lage“ der Arbeiter habe ihre Kollage erst hervorgerufen und jede Gemeinschaft mit den Arbeitern ließe sie erst recht der Proletarisierung verfallen. Ob die Angestellten das wohl glauben werden? Ob sie wirklich ihre Forderungen künftig an die Arbeiter statt gegen die Unternehmer richten werden? Wir möchten glauben, daß die Aufklärung unter den Angestellten schon zu weit fortgeschritten ist, als daß sie sich auf eine so falsche Fährte locken ließen.

**Literarisches.**

Einen erfreulichen Umschwung der Anschauungen über die wichtige Kolonialfrage auch in führenden Parteikreisen bedeutet der Leitartikel Heinrich Cunow's in dem neuesten Heft (Nr. 24) der „Neuen Zeit“: „Englands Verlangen nach dem deutschen Kolonialbesitz“. Wir können unsern Kollegen nur empfehlen, der Frage gleichfalls ihre größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, da die Frage der Beschaffung der kolonialen Rohstoffe für die deutsche Industrie nach dem Kriege die Interessen der deutschen Arbeitererschaft ungemein berührt. Auch sonst bietet das neueste Heft sehr lesenswerte Aufsätze, unter denen wir hervorheben: Die Wanderarbeitverhältnisse in Indien. Von Peter Endt (Zürich).

Arbeitszwang und Arbeiterrecht in Britisch-Indien. — Verbraucherauschnitte — Verbraucherklammern. Von Paul Barthel. — An der Schwelle des fünften Kriegsjahres. Betrachtungen aus der Front über die Front. Von Vinus Scheide. — Aus der internationalen sozialistischen Bewegung: Die englische Arbeiterpartei und der internationale Friedenskongreß. — Literarische Rundschau: Handbuch der Auslandspresse 1918. Von Heinrich Cunow. Notizen: Die Löhne der Rüstungsarbeiter.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 30 Pf.

Arbeiterrenten und Familienversorgung. Führer für Kriegsinvaliden, Kriegserwitwen und -waisen sowie Ansprüche auf die Versicherungsleistungen und Kriegsunterstützungen, von Arbeitersekretär Gustav Krüger, Magdeburg. Preis 75 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.

Die Schrift erläutert kurz und treffend alle Militärrentenangelegenheiten und darüber hinaus die Bestimmungen über Zusatzrenten, widerrechtliche Unterstellungen und sonstige außerhalb des eigentlichen Militärverordnungsrechts geschaffene Hilfsquellen für alle Leidtragenden des großen Krieges. Beim Lesen des Werkes fühlt man, daß hier eine sachkundige Hand die Feder geführt hat, der eine reiche Praxis aus der beruflichen Betätigung zur Seite stand. Neben der reinen militärischen Versorgung sind auch die Ansprüche aus der sozialen Gesetzgebung berücksichtigt. In einem besonderen Nachtrag sind auch die erst vor kurzem erlassenen Bestimmungen über die Feuerungszuschläge zu der Militära- und Hinterlassenenrente behandelt. So-

wohl durch diese Aktualität als auch durch die beifälligen Muster für Einprüche und Eingaben wird der Wert des Schriftchens noch ganz besonders erhöht. Der Preis der 48 Seiten starken Broschüre beträgt nur 75 Pf. Wir können die Anschaffung jedem Interessenten empfehlen.

Rudel, das Kapital, und anderes. Von Ernst Preeczang. Von dem farbigen Titelblatt dieses neuesten, soeben erschienenen Bandes der Vorwärts-Bibliothek leuchtet ein rosiges Schweinechen entgegen; denn der Hauptheld der ersten, recht zeitgemäßen Geschichte ist ein Vorstovvieh namens Rudel, das einer armen Kriegerfrau ein einziges Kapital bildet und mancherlei merkwürdigen Schicksalen ausgesetzt ist, ehe es ins Jenseits — dem Rauchfang und Köfelsack — landet. — An zweiter Stelle steht „Der Tolpatzk“, die Erzählung von Kaspar, dem großschächtigen Schmiedegesellen, und Frieda, der zielichen Stickerin, die wieder einmal zeigt, wie seltsame Wege die Liebe oft wandelt. — Den Beschluß bildet „Der Gänsehof“, das satirische Charakterbild eines Berliner „Hauschiebers“, der in den Wald geht, um sich zu erhängen, es dann aber vorzieht, dort eine Willenskolonie zu gründen, die ihm starke Verlegenheiten bereitet, bis eine „glänzende Idee“ die letzte Reizung zum Strick überwindet. — In diesem unterhaltsamen Buche, das namentlich auch unsere Feldbraven interessieren wird, verdienen sich Scherz, Satire und jene tiefere Bedeutung, die wir auch von weiteren Darstellungen fordern müssen. Der Preis für das gebundene Buch beträgt 2 Mk. (Porto 20 Pf.) Es ist durch jede Buchhandlung zu beziehen.

**Zahlstelle Polen.**

**Nachruf.**

Am 2. September, abends 10 Uhr, verstarb im städt. Krankenhaus zu Posen nach längerem Leiden unser langjähriger Mitglied, der Buchbinder

**Ernst Rohde**

im 56. Lebensjahr. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen braven Kollegen, der stets dort zu finden war, wo es die Interessen der Gesamtheit verlangten.

Ehre seinem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

**Buchbindergehilfen**

(Beschnneider, Sortimentler, Presser, Deckenmacher, Fertigmacher) in Dauerstellung gesucht.

Druckerei-Ges. Hartung & Co., Hamburg 25.

**Medien** jed. Art, frisch u. veralt. besetzt. „Mabital“. Wäzige Preise. „Salus“, Berlin N. 31/81, Uferdammstr. 9.

**Prägefolien** liefert preiswert Otto Müller, Berlin S. Wasserlostr. 24. • Amt Moritzplatz 5522.

**Lüchtigen Broschüren**

und **Borrichterinnen,** dauernde Beschäftigung, verlangt **Buchbinderei Bleistein,** Berlin, Friedrichstraße 16.

**Schwarzes dünnes Spaltleder** oder Erfaß zu kaufen gesucht, auch kleinere Quantitäten. **W. Schaeffer, München, Müllerstr. 46.**

**Sofort greifbar:**

- 1200 vernickelte Zuckerschalen auf Fuss, 15 1/2 cm Durchm., Musterdutzend Mk. 15,—
- 5000 Rauchservices aus Metall, 4 teilig, inkl. Tablett, hübsch dekoriert, Musterdutzend Mk. 27,—
- 3000 Metall-Blumen-Vasen, hübsch lackiert, Musterdutzend Mk. 8,50
- 8000 la Schwammdosen, hübsch lackiert, Musterdutzend Mk. 3,80
- 4200 abgepasste Fensterbilder (Diplanien), ca. 20 versch. Sorten, kleinste 23x23 cm, Muster-Sort. = 3 Dutzend sort., zus. Mk. 25,50. Zwischenverkauf vorbehalten.

**W. Geiser, Metall.-Ind. Kirchheim-Teck. 23.**

**Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel**

kleben nur noch mit

**Wiril Klebstoffen**

(D. R. P. a.)

**Glänzende Begutachtungen.**

Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc. Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten.

**Chemisch-technische Werke Willybald Richter**

Leipzig, Querstrasse 4-6, Telefon 3049. Telegramm-Adresse: Wirilwerke.

**Bilz.** Zwei neuer erschienen hochinteressante Bücher:

**Fortleben** nach dem Tode und Beschreibung des Jenseits durch Besichtigung der Seelenphotographien.

Inhaltsauszug: Epitaphium. — Geisteserscheinungen u. Ahnungen. — Verkehr mit Verstorbenen. Goethe sagt: „Die Geisteswelt ist nicht verloschen“. — Geister beantworteten Fragen. — Erlebnis nach dem Tode. — Himmelsreisen einer Sonnambulante. — Wirtungen von fünf verstorbenen Geistern. — Geistesphotographien. — Segner des Epitaphiums. — Spitzgeschichten. Vorkathungen. Wahrheiten u. vieles andere mehr. Anhang: Entstehung und Zweck der Welt und der Menschheit. Wunder der Atomwelt und anderes nebst 48 weiteren Abbildungen.

**Befreiung** von allem heutigen Erdenstand durch ein neues, naturgemäßes Staatsstadium, das allen Menschen ungeduldetes Glück bringt.

Inhaltsauszug: Der Weltkrieg. — Härterge für die heimkehrenden Krieger. — Grundzüge einer neuen Staatsverfassung. — Der Staat geht seinen Wandel ein ausreichendes Gehalt auf Lebenszeit. — Nur möglich dreifache Arbeitszeit für alle. — Das Heiraten der Mädchen wird immer schwieriger. — Mit Einführung der Naturwahl wird es besser. — Frauenemanzipation. — Naturgemäße Alterserziehung. — Vermehrung von Krankheit und Sektum aller Art und vieles andere mehr. Anhang: sehr günstiger Aufnahme des Buchinhalts ist auf Wunsch vieler Leser eine Billa gedruckt worden, die viele naturgemäßen Vorschläge zu verbreiten und zu verwirklichen (sich). Männer und Frauen, welche der Billa beizustimmen wollen, können dies schon erreichen, wenn sie bis hier empfangenen zwei Bücher beziehen und sich als Mitglied anmelden. Auch ohne Bezug von Büchern kann man als Mitglied beitreten. Aufnahmegebühr vorläufig nur 3 Mk. Preis je 4 Mk. Porto je 20 Pf. Zu beziehen durch Wly. Samalorium, Dresden-Radebeul, Wly. Verlag, Leipzig, u. alle Buchhandl. Ausführl. Prospekt frei.

**Zahlstelle Berlin.**

Einem allgemeinen Wunsche Rechnung tragend, wird die hiesige Verwaltung eine Anzahl von Theateraufführungen in die Wege leiten. Die Vorstellungen werden geleitet vom „Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur“, dessen Mitglied wir geworden sind. Die Vorstellungen finden im „Zentraltheater“, Kommandantenstr. 57, statt. Die erste Vorstellung ist am Sonntag, den 29. September, nachm. 3 Uhr. Zur Aufführung gelangt:

**Minna von Barnhelm oder das Soldatenglück.**

Ein Lustspiel in 5 Aufzügen von Lessing.

Der Eintrittspreis beträgt 1,50 Mark einschließlich des Garderobengeldes. Die Plätze selbst werden vor der Vorstellung im Theater verlost. — Wir ersuchen hiermit unsere Mitglieder, von diesen Vorstellungen regen Gebrauch zu machen und sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen. Eintrittskarten sind im Bureau und bei den Vertrauenspersonen zu erhalten. Nicht verkaufte Eintrittskarten werden nur bis zum 27. September zurückgenommen, andernfalls gelten sie als verkauft.

Die Ortsverwaltung.

**Lohn tarif für Buchbinderarbeiten**

Preis für Mitglieder 1,— Mk. einschließlich Porto (bei Partiebezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,20 Mk.

**Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten**

Preis für Mitglieder 50 Pf., für Nichtmitglieder 1,10 Mk.

Der Versand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Geldsendungen sind nur an E. Hauelsen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I, Postcheckkonto Nr. 23210, zu richten.